

Energieeffizienz

Motorfahrzeugsteuer überdenken

Wer etwas für die Umwelt tun will, kann dies durch die Wahl eines sparsameren Autos beim nächsten Kauf. Dies will auch die Vorlage der Regierung für eine angepasste Motorfahrzeugsteuer.

Die deutsche Zeitschrift «hobby» berichtete über die Zukunftsvisionen der amerikanischen Handelskammer. Unter anderem wurde das Szenario entworfen, wie wir in zwanzig Jahren Auto fahren: «Sicher gibt es noch irgendwo in einer verschlafenen Provinz ein paar Dieselmotoren, aber in der grossen Welt hat sich der Turbinenantrieb längst durchgesetzt.» Die Augen mutmassten, dass die Turbine auch nur eine Übergangslösung sei und bald dem atomaren Autoantrieb weichen müsste! Soweit die Prognose für 1975 des Jahres 1955. Dieser Tage wird am Genfer Automobilsalon mit vielversprechenden Konzepten ebenfalls der Alternativantrieb beschworen. Aber auf der Strasse wird sich so schnell nichts ändern. Wer trotz-



Thomas Lötscher, FDP-Kantonsrat, Neuheim

dem etwas für die Umwelt tun will, kann dies durch die Wahl eines sparsameren Autos beim nächsten Kauf. Dies will auch die Vorlage der Regierung für eine angepasste Motorfahrzeugsteuer. Leider wird das Potenzial eines ertragsneutralen Systemwechsels kaum genutzt. Strafsteuern für die schlechtesten zwei Effizienzkategorien, eine all-

gemeine Hubraumstrafe ohne Berücksichtigung des effektiven Verbrauchs und die Entlastung von gerade einer einzigen Effizienz-kategorie werden kaum etwas bewirken. Die gleichzeitig geplante generelle Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer ist nicht gerechtfertigt. Es ist zwar noch keine 55 Jahre her aber immerhin sieben, als ich in einer Motion vorschlug, bei der Besteuerung vom Hubraum wegzukommen und stattdessen auf die Energieeffizienz abzustellen. Dieses System soll grundsätzlich ertragsneutral ausgestaltet werden. Es würde etwas bewegen, weil es dem Autokäufer die Möglichkeit gibt, innerhalb der von ihm gewählten Fahrzeugklasse ein effizientes Modell zu wählen und damit Steuern zu sparen. Dieser Spielraum besteht bei einem Kleinwagen wie auch beim geräumigen Familien-Van. Es geht nicht darum, Hubraum und Leistung zu bestrafen, sondern clevere und effiziente Konzepte zu fördern. Bleibt zu hoffen, dass der Kantonsrat diesen Ball aufnimmt.

Thomas Lötscher, FDP Neuheim

Nachhaltige Jugendkultur und...

günstige Wohnungen!

Nichts sei so sicher wie der Tod und die Steuern, sagte der US-Freiheitskämpfer Benjamin Franklin einst. Wir in Zug könnten das noch ergänzen: ... der Tod, die Steuern und die hohen Mieten!

Blättert man im «Amtsblatt», dann findet man kaum eine Wohnung unter 2000 Franken im Monat. Kein Wunder, geraten immer mehr Zuger/innen unter Druck, das schöne Zugerländli Richtung Luzern oder Aargau zu verlassen. Ennet der Grenze kostet die Wohnung halt weniger – das Häuschen sowieso. Und für ein kleines oder mittleres Budget ist das wichtiger als ein paar gesparte Steuerfränkli. Gerne zitiere ich noch einen anderen berühmten Amerikaner. Oliver Wendell Holmes, Mitglied des obersten Bundesgerichts in den USA, sagte einmal: «Ich zahle gerne Steuern. Denn damit kaufe ich mir Zivilisation.» Das Abstimmungswochenende hat das sehr schön gezeigt: Die Zuger/innen unterstützen die Jugendkultur in der Gal-



Rupan Sivaganesan, Mitglied Grosser Gemeinderat der Stadt Zug, des Zuger Kantonsrats und Präsident Alternative Stadt Zug

vanik gerne mit Steuergeldern. Sie sind auch bereit, in die Ferienbetreuung von Schulkindern zu investieren. Trotzdem haben sie ja gesagt zur Steuersenkung. Offen-

bar glaubt eine Mehrheit dem bürgerlichen Versprechen, man wolle reinen Tisch machen: fertig Rabatte, dafür den Steuerfuss runter. Im Grossen Gemeinderat hörte ich aber auch andere Töne. Werten, dass es nicht lange geht, bis wir wieder bei der Rabattakrobatik landen? Dann sind die 60% nur gerade wieder die «Obergrenze». Es schleckt halt keine Geiss weg: Je reicher man ist, desto mehr profitiert man von linearen Steuersenkungen. Dagegen spüren kleinere und mittlere Einkommen die steigenden Miet- und Hauskosten. Das Resultat ist eine soziale Verdrängung. Schon jetzt hat der Kanton Zug die höchste Abwanderungsquote. Die Stadt ist deshalb gefordert: erstens muss sie für preisgünstigen Wohnraum sorgen. Und zweitens für einen stabilen Steuerfuss. Denn sonst geht's auch der Jugendkultur und der ausserfamiliären Betreuung an den Kragen. Und damit würden wir ein Stück Zivilisation verlieren.

Rupan Sivaganesan, Alternative Stadt Zug

Rote Karte für die Versicherungslobby

Die Alternative- die Grünen sind überwältigt, dass auch die Zugerinnen und Zuger den Rentenklau deutlich abgelehnt haben. Die Bevölkerung, auch die Jugend, setzt auf die Solidarität unter den Generationen. Die grosse Verliererin ist die mit den Privatversicherungen besonders eng verfilzte FDP. Der verleumderische Slogan von den «linken Dieben» fällt voll auf die Abzocker-Partei zurück. Dass zwei Drittel der Zugerinnen und Zuger Nein gestimmt haben, ist um so bemerkenswerter, als alle bürgerlichen Kantonalparteien

die Ja-Parole beschlossen hatten. Die Angstkampagne der Gegnerschaft, wonach die 2. Säule ohne eine Senkung des Umwandlungssatzes nicht mehr finanzierbar gewesen wäre, hat glücklicherweise nicht gewirkt. Wir werten diesen Volksentscheid als ein Bekenntnis zum Altern in Würde ohne finanziellen Sorgen. Eine Senkung des Umwandlungssatzes hätte gerade Leuten mit bescheidenen Einkommen grosse finanzielle Einbusen gebracht. Es ist unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass

die Verwaltungskosten massiv verringert werden, weil so viel mehr Geld eingespart werden kann als mit einer Senkung des Umwandlungssatzes. Es ist die Rede von acht bis zehn Milliarden Franken Sparpotenzial. Wir verlangen auch, dass die Gewinnausschüttung geregelt wird. Die Gewinne müssen in die Taschen der Versicherten anstatt in die Taschen der Versicherungen fliessen. Deshalb verlangen wir mit den Schweizer Grünen die Einführung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde.

Josef Lang, Zug

Kurz, kürzer am kürzesten

DK - Wie viel kann man in einem Leserbrief aussagen, der nicht länger sein darf als 2000 Zeichen inklusive Leerzeichen? Sehr viel. Die nebenstehenden Texte von Thomas Lötscher und Rupan Sivaganesan, bewegen sich beide in dem

zuvor genannten Rahmen. Und die Botschaft aus diesen beiden Texten kommt klar an, wie wir meinen. Darum senden Sie ihre kurzgefassten Leserbriefe mit «maximal» 2000 Zeichen inklusive Leerzeichen an: redaktion@zugerwoche.ch

Besten Dank Peter Glanzmann

Leider verlässt Peter Glanzmann die Rischer Bauabteilung und damit die Geschäftsleitung der Gemeinde Risch. Die FDP Risch-Rotkreuz bedauert diesen Schritt sehr, war doch Peter Glanzmann einer der tragenden Eckpfeiler unserer Verwaltung. Er hat vieles, was in den letzten Jahren entstanden ist mitgeprägt, mitgestaltet. Im Speziellen verfügt seine Bauabteilung über professionelle Strukturen und bewährte Abläufe. Immer mit dem Grundgedanken einer kundenfreundlichen Verwaltung. Er hat sich entschlossen eine neue Herausforderung anzunehmen. Verständlich, aber wohl nicht der einzige Grund.

Fehlen Strategie und Führungsverantwortung in der obersten Etage, dann ist es wohl unmöglich für die Geschäftsleitung einen guten Job zu machen. Und das war definitiv Peter Glanzmann's oberstes Ziel. Risch-Rotkreuz braucht Gemeinderäte wie Ruedi Knüsel, Marcel Gmünder und Peter Hausherr. Ich hoffe doch stark, dass nun alle Parteien endlich bemerkt haben, dass es zum Gemeinderat sein nicht nur Freude am Amt oder dem zusätzlichen Einkommen braucht, sondern strategisches Denken und Führungseigenschaften gefragt sind.

Thomas Stocker, Risch-Rotkreuz

Löbererpark: Wofür haben wir ein Baugesetz?

Als Baarer habe ich mir grundsätzlich vorgenommen, mich aus Angelegenheiten anderer Gemeinden raus zu halten. Die Vorkommnisse rund um die Bebauung Löbererpark veranlassen mich jedoch zu einer Ausnahme. Wer baut, baut auf den Grundlagen des geltenden Baugesetzes, in diesem sind sämtliche Bedingungen für den Erhalt einer Baubewilligung festgelegt. Die Überbauung Löbererpark erfüllt sämtliche Kriterien, die maximale Gebäudehöhe wird sogar unterschritten. Es ist für mich absolut verständlich, wieso ein Bauprojekt, das sämtliche Kriterien des Baugesetzes erfüllt nicht bewilligt werden soll. Als Novum setzt das Baudepartement die Stadtbildkommission ein um sich hinter deren

Entscheid zu verstecken. Diese zerreisst das Projekt natürlich prompt in der Luft auf Grund ihres Städtebaulichen Verständnisses, nicht jedoch auf Grund einer Gesetzesverletzung. Das ist ungefähr so, wie wenn beim Strassenverkehr Ausserorts 80km/h gilt, einzelne aber bereits bei 75km/h gebüsst werden, da der Gesetzeshüter deren Autos nicht schön findet. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat Standhaftigkeit beweist und seinen Entscheid auf vorhandene Gesetzesgrundlagen abstützt. Es ist nicht auszumalen, welche Auswirkungen die Schaffung eines Präjudizes auf die Zuger Bauwirtschaft hätte, wenn sie sich nicht mehr auf vorhandene Baugesetze verlassen kann.

Daniel Abt, Baar

Pro Juventute und Politik? Zeitgeist vom 24.2.2010

Sehr geehrter Herr Kammüller, dass Ihr Bild der Pro Juventute noch stark von den gänzlich verfehlten Vorkommnissen aus der Mitte des letzten Jahrhunderts geprägt ist, kann ich Ihnen nicht zum Vorwurf machen. Viele kennen heute nur noch unseren Namen, die Briefmarken und das traurige Kapitel der Kinder der Landstrasse. Darum zeige ich Ihnen gerne, was Pro Juventute heute ist und wie wir jährlich 300'000 Kindern und Jugendlichen helfen, zu gesunden und urteilsfähigen Menschen heranzuwachsen. Täglich kontaktieren uns 400 Jugendliche via Telefon, SMS oder Chat, um von der «Pro Juventute Beratung & Hilfe 147» Hilfestellungen zu bekommen. Mit den Pro Juventute Ferienpässen können 65'000 Kinder jedes Jahr spannende Ferien verbringen. Unser Witwen-, Waisen- und Waisenfonds unterstützt jährlich 500 Waisenkinder. 6000 Kinder finden jedes Jahr dank den «Pro Juventute Brieffreundschaften» neue Freunde. Die Pro Juventute Elternbriefe sind für jährlich über 65'000 Mütter und Väter ein nicht mehr weg zu den-

kender Ratgeber. Und mit dem Angebot «Pro Juventute Handyprofis» stärken wir die so wichtig gewordene Medienkompetenz von Kindern. Es gibt keine Organisation in der Schweiz, die näher bei den Kindern, Jugendlichen und Eltern ist als Pro Juventute. Und darum ist es auch unsere Aufgabe zu reagieren, wenn der zurzeit populäre «Law & Order»-Reflex Kinder und Jugendliche mit kontraproduktiven Generalverboten eindeckt. Politisch unabhängig heisst nicht, keine politische Meinung zu haben oder politische Verfehlungen kommentarlos hinzunehmen, sondern diese aufzuzeigen und anzugehen. Daher setzt sich Pro Juventute seit ihrer Gründung auch politisch für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. Besuchen Sie mit mir einmal ein Angebot des Ferienpässes. Oder kommen Sie zu uns und hören den Kindern zu, welche uns auf der Nummer 147 von ihren Sorgen berichten. Ich bin sicher, dass Sie sofort erkennen, dass der Schuster zu seinen Leisten zurückgekehrt ist. Beste Grüsse

Stephan Oetiker, Direktor Pro Juventute